

Sitzungsperiode 2025-2026  
Sitzung des Ausschusses IV vom 15. April 2026

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 375 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Indexierung des Kindergeldes im DG-Haushalt**

Im Rahmen der Vorstellung eines nationalen Aktionsplans zur Prävention und Bekämpfung von Armut kündigte die Regierung des Großherzogtums Luxemburg im Dezember 2025 an, das Basis-Kindergeld sowie verschiedene Zuschläge ab dem 1. Januar 2027 deutlich über den Index hinaus zu erhöhen. So steigt der Basissatz von derzeit 307,35 € auf 352,35 € pro Monat.<sup>1</sup> Auch im deutschen Grenzland wurde das Kindergeld zum 1. Januar 2026 auf 259 € pro Kind erhöht.<sup>2</sup>

Demgegenüber hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen von zwei Sparpaketen beschlossen, den sogenannten Schulbonus abzuschaffen sowie die Indexierung des Kindergeldes bis zum Jahr 2028 auszusetzen.<sup>3</sup> In einer angespannten internationalen Lage, in der die Preise für Energie, Lebensmittel, Mieten und Transport stark steigen, steigt das Kindergeld nicht mit. Familien bekommen also keinen Ausgleich für die höheren Kosten.

Gleichzeitig erhält die DG vom Föderalstaat eine nicht zweckgebundene Dotation für Familienleistungen u.a. auf Grundlage der in der DG lebenden Kinder, auch für Kinder, für die das Kindergeld von Deutschland oder Luxemburg gezahlt wird. Das heißt: Die DG muss für diese Kinder kein eigenes Kindergeld zahlen, bekommt die Dotation aber trotzdem. Diese Dotation vom Föderalstaat wird jährlich angepasst, unter anderem anhand der demografischen Entwicklung (Anzahl Kinder 0–18), des Verbraucherpreisindex und des realen Wirtschaftswachstums, und wächst dadurch grundsätzlich im Zeitverlauf.

Hierzu unsere Fragen:

1. Hält Ihre Regierung an der Aussetzung der Indexierung des Kindergeldes bis 2028 fest, obwohl die Lebenshaltungskosten für Familien in der DG stark steigen?
2. Welche anderen Maßnahmen plant Ihre Regierung, um sicherzustellen, dass Familien die krisenbedingten finanziellen Mehrbelastungen schultern können?
3. Wie begründet Ihre Regierung, dass die DG trotz steigender Dotation vom Föderalstaat das Kindergeld nicht anpasst?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://www.virgule.lu/luxembourg/quel-sera-le-montant-des-allocations-familiales-a-partir-de-2027-au-luxembourg-on-a-fait-le-calcul/115382648.html>.

<sup>2</sup> <https://www.arbeitsagentur.de/news/kindergeld-steigt-2026>.

<sup>3</sup> <https://www.grenzecho.net/128983/artikel/2025-09-15/schulbonus-wird-noch-einmal-ausgezahlt-dg-den-noch-auf-sparkurs>.

• **Frage Nr. 376 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur nationalen Sensibilisierungskampagne zu endokrinen Disruptoren**

Ein aktueller Bericht des Grenz-Echo („Fokus auf die ersten 1.000 Lebensstage“) beleuchtet die landesweite Sensibilisierungskampagne zum Schutz von Kleinkindern vor endokrinen Disruptoren.<sup>4</sup> Diese hormonstörenden Stoffe, die in Verpackungen, Spielzeug und Kosmetika lauern, können das menschliche Hormonsystem imitieren oder blockieren.

Die im Artikel beschriebenen Folgen sind gravierend: Sie reichen von vermindertem IQ und Autismus bis hin zu Diabetes, Übergewicht und Krebserkrankungen. Besonders kritisch ist die Phase von der Schwangerschaft bis zum zweiten Lebensjahr, in der der Körper besonders empfindlich auf diese äußeren Einflüsse reagiert.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernimmt Kaleido Ostbelgien hierbei eine Schlüsselrolle.<sup>5</sup> Wir begrüßen ausdrücklich die vielfältigen Aktionen von Kaleido, die von der Beratung junger Eltern bei Hausbesuchen bis hin zur Vermittlung praktischer Alltagstipps zur Schadstoffvermeidung reichen.

Dieses Thema ist für unsere Fraktion von besonderer Bedeutung: Bereits im Jahr 2016 hat die Vivant-Fraktion einen Resolutionsvorschlag eingebracht, der die Problematik der endokrinen Disruptoren auf die politische Agenda setzte und hier im Parlament gemeinsam verabschiedet wurde. Es ist erfreulich zu sehen, dass diese Initiative heute in konkrete Strukturen gemündet ist.

Neben Kaleido gibt es in der DG weitere Akteure, die sich dieser Aufgabe annehmen, wie etwa der Patienten Rat & Treff (PRT), die Frauenliga oder der Landfrauenverband, die das Thema in ihren Gesundheits- und Seminarreihen aufgreifen. Dennoch zeigt ein Blick auf die digitale Umsetzung der aktuellen Kampagne von Kaleido, insbesondere auf Facebook, ein ernüchterndes Bild: Die Resonanz ist minimal; viele Beiträge weisen kaum Interaktionen oder „Likes“ auf. Es besteht die Sorge, dass die lebenswichtigen Informationen die breite Bevölkerung nicht ausreichend erreichen.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Fragen an Sie:

1. Wie beurteilt die Regierung den Erfolg der bisherigen Kampagnen angesichts der geringen Resonanz in den sozialen Medien?
2. Welche konkreten gemeinsamen Aktionen plant die Regierung mit weiteren Akteuren wie dem PRT, der Frauenliga oder dem Landfrauenverband zur Umsetzung des Aktionsplans gegen endokrine Disruptoren?
3. Inwiefern wäre es für die Regierung möglich, die Zusammenarbeit mit Partnern wie Hebammen, Apotheken oder dem Facheinzelhandel zu intensivieren, um gezielte Hinweise direkt an den Verkaufsorten von Spielwaren, Kosmetika oder Babyartikeln zu platzieren?

• **Frage Nr. 377 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Nutzerprofil der Kinderbetreuung in der DG**

Am 12. März 2026 wurde der Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung<sup>6</sup> veröffentlicht. Dort werden verschiedene Anpassungen an der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten sowie an den Nutzungsbedingungen der Kinderbetreuung vorgesehen. Konkret ist vorgesehen, dass:

- die Gratisstunde in der AUBE entfällt;
- die Abrechnung in der AUBE künftig auf Basis der gebuchten Stunden und nicht mehr auf

<sup>4</sup> 20260402\_GE\_Fokus auf die ersten 1000 Lebensstage.pdf - [https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2026-04-02,ALLE|GE\\_TAGESZEITUNG,2026-04-02,ALLE,1|3](https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2026-04-02,ALLE|GE_TAGESZEITUNG,2026-04-02,ALLE,1|3).

<sup>5</sup> <https://www.kaleido-ostbelgien.be/ratgeber/koerperliche-gesundheit/ernaehrung/detail/endokrine-disruptoren>.

<sup>6</sup> [https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-255/620\\_read-76318/](https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-255/620_read-76318/).

- Grundlage der tatsächlichen Anwesenheit (analog zur Kleinkindbetreuung) erfolgt;
- in der AUBE 2,50 € für das Mittwoch-Mittagessen berechnet werden;
  - in der Kleinkindbetreuung die Tarife um etwa 3,18 € (indexiert) für Essen/Snack erhöht werden;
  - die Referenzwerte zur Einstufung in den Einkommenskategorien nicht indexiert und auf den nächstgelegenen 500-Euro-Betrag aufgerundet und eingefroren werden.

Diese Maßnahmen sind notwendig, reichen aber nicht aus, um den Haushalt der DG zu entlasten und eine langfristig tragfähige, effiziente und zukunftsorientierte Kinderbetreuung zu haben. Im Vorentwurf des Erlasses führt die Regierung aus, dass die Mehreinnahmen „unter Beibehaltung der prozentualen Verteilung der Erziehungsberechtigten über die verschiedenen Einkommensstufen“ berechnet wurden (auf Basis der Zahlen des ZKB). Diese Annahme setzt voraus, dass der Regierung eine genaue Verteilung der Nutzer der Kleinkindbetreuung über die Einkommenskategorien vorliegt. Ihre Regierung rechnet für das ZKB mit Mehreinnahmen von insgesamt rund 390.000 Euro (+225.000 in der Kleinkindbetreuung und 165.000 in der AuBe).

Demgegenüber stehen automatisch steigende Personalkosten infolge der Regelbeförderungen im öffentlichen Dienst. Aufgrund der Größe des Personalkaders und einer wünschenswert stabilen Belegschaft könnte sich dieser Anstieg beispielsweise für das ZKB mittelfristig auf etwa 10–15 % der Personalkosten belaufen.

Hierzu unsere Fragen:

1. Wie sind die Nutzer der Kleinkindbetreuung nach Einkommenskategorien aufgeschlüsselt?
2. In den kommenden Jahren wird das ZKB mit zusätzlichen Personalkosten auf Grund der Regelbeförderung im Öffentlichen Dienst konfrontiert sein, ohne dass dabei gleichzeitig mehr Betreuungsplätze entstehen. Wie beabsichtigt die Regierung, diese Finanzierungslücke zu schließen?

• **Frage Nr. 378 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Anlaufstellen für Opfer KI-generierter Missbrauchsinhalte**

Eine beliebte Moderatorin, ein berühmter Ex-Ehemann, jahrelange Cybergewalt: Der Fall Fernandes-Ulmen hält Deutschland seit Mitte März in Atem. Der Täter soll über mehrere Jahre hinweg im Internet pornografische Deepfake-Inhalte verbreitet haben. Die Manipulation medialer Identitäten existiert schon lange. Durch Fortschritte in der Künstlichen Intelligenz, ist die Erstellung solcher Fälschungen heute deutlich einfacher und qualitativ hochwertiger möglich. Diese Verfahren werden auch als „Deepnudes“ bezeichnet<sup>7</sup>. Kriminologin und Professorin Anastasia Powell beschrieb im Jahr 2020, dass Deepnudes in die umfassendere Kategorie des bildbasierten sexuellen Missbrauchs im Internet (IBSA – *image-based sexual abuse*) eingeordnet werden können. Dieser Begriff wird streng definiert als das Erstellen, Teilen oder Androhen des Teilens von entblößten oder sexuell expliziten Bildern einer Person ohne deren Einwilligung<sup>8</sup>. Mona Giacometti, Professorin für Strafrecht an der ULB, erklärt in einem RTBF Bericht, dass „Deepnudes“ nach dem belgischen Strafgesetzbuch Straftaten darstellen. Die Täter können dafür ins Gefängnis kommen<sup>9</sup>. Die Studie des Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern<sup>10</sup> gibt einige Empfehlungen, wie z. B. die Sensibilisierung der gesamten Gesellschaft oder noch die Gesetzgebung zu verbessern.

<sup>7</sup> [https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Informationen-und-Empfehlungen/Kuenstliche-Intelligenz/Deepfakes/deepfakes\\_node.html](https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Informationen-und-Empfehlungen/Kuenstliche-Intelligenz/Deepfakes/deepfakes_node.html).

<sup>8</sup> [https://researchmgt.monash.edu/ws/portalfiles/portal/319918063/ImageBasedSexualAbuseReport\\_170220\\_WEB\\_2.pdf](https://researchmgt.monash.edu/ws/portalfiles/portal/319918063/ImageBasedSexualAbuseReport_170220_WEB_2.pdf).

<sup>9</sup> <https://www.rtbf.be/article/denudee-par-une-intelligence-artificielle-sans-votre-consentement-que-faire-11658279>.

<sup>10</sup> [https://igvm-iefh.belgium.be/sites/default/files/les\\_deepnudes\\_parmi\\_les\\_jeunes\\_belges.pdf](https://igvm-iefh.belgium.be/sites/default/files/les_deepnudes_parmi_les_jeunes_belges.pdf).

Hierzu meine Fragen:

1. Welche Stellen in der DG informieren Bürgerinnen und Bürger bei Verdacht auf digitale Gewalt darüber, ob eine Situation bereits als Gewalt einzustufen ist?
2. An welche Anlaufstellen können sich Betroffene oder Beobachtende von möglicher digitaler Gewalt in der DG wenden?
3. Welche Präventionsangebote bestehen in der DG zu digitaler Gewalt wie KI-generierten Missbrauchsinhalten?

• **Frage Nr. 379 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Familien- und Seniorenhelfern**

die Ausbildung von Familien- und Seniorenhelfern ist ein Bereich, der für unsere Gesellschaft unverzichtbar ist – und gleichzeitig viel zu oft unterschätzt wird.

Rückmeldungen aus der Praxis – zuletzt auch aus einem Gespräch mit einer Studentin kurz vor ihren Prüfungen – lassen ein klares Bild erkennen: großes persönliches Engagement auf Seiten der Auszubildenden, aber auch strukturelle Herausforderungen, die man nicht einfach ausblenden darf.

Das ist umso problematischer, wenn man die Realität betrachtet: Unsere Bevölkerung wird älter, der Bedarf an Unterstützung im Alltag steigt kontinuierlich, und immer mehr Menschen sind darauf angewiesen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden betreut zu werden. Genau in diesem Spannungsfeld übernehmen Familien- und Seniorenhelfer eine Schlüsselrolle.

Und trotzdem stellt sich die Frage, ob wir diesem Bereich politisch wirklich die Aufmerksamkeit und die Mittel geben, die er verdient. Denn wenn Ausbildungsgänge an Attraktivität verlieren, Rahmenbedingungen nicht Schritt halten oder Kapazitäten begrenzt bleiben, dann riskieren wir mittel- bis langfristig einen Fachkräftemangel – mit direkten Auswirkungen auf die Versorgung unserer älteren Mitbürger.

Vor diesem Hintergrund möchte ich der Regierung folgende Frage stellen:

1. Wie bewertet die Regierung aktuell die Erfolgsquoten in der Ausbildung von Familien- und Seniorenhelfern?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass die bestehenden Ausbildungsangebote im Bereich der "Familien- und Seniorenhilfe" ausreichen, um den zukünftigen Bedarf zu decken?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant die Regierung, um diese Ausbildung strukturell zu stärken?

• **Frage Nr. 380 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Aufnahmestopp im Seniorenheim**

Laut einem Bericht des GrenzEcho vom 18.3.26 gilt vorerst im Seniorenheim Bütgenbach ein Aufnahmestopp, mit der Begründung, die Personaldecke sei zu dünn.<sup>11</sup> Vorerst gelte die Maßnahme bis Ende Mai, danach werde die Situation neu bewertet.

Von Fachkräftemangel sprach man schon vor einigen Jahren. Im Juli 2023 berichtete das GrenzEcho in einem Artikel über Vivias und das WPZS Bütgenbach, man sei permanent auf

---

<sup>11</sup> <https://www.grenzecho.net/137935/artikel/2026-03-18/butgenbach-aufnahmestopp-im-seniorenheim-pilzbefall-zwingt-gemeinde-zu>.

der Suche nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, was sich aber besonders schwierig bei qualifizierten Pflegekräften gestalten. Man fische im selben Teich und dieser sei so gut wie leer.<sup>12</sup>

In der Antwort auf meine schriftliche Frage 368 vom 7. September 2023 kündigte der damals zuständige Minister Antoniadis an, dass der Verwaltungsrat die Anfrage einer Organisationsanalyse an die Regierung der DG gestellt habe, um sich auch langfristig und funktionsübergreifend bestmöglich aufzustellen.<sup>13</sup> Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstütze diesen Antrag, das Lastenheft sei in Vorbereitung. Ende 2024 solle die Organisationsanalyse, sowie eine Finanzanalyse durchgeführt werden. Die Erkenntnisse dieser beiden Analysen sollten Verbesserungsvorschläge liefern.

Auf meine diesbezügliche mündliche Frage vom 6. November 2024 antworteten Sie, Frau Ministerin, dass das Organisationsaudit auf das Jahr 2025 verschoben wurde.<sup>14</sup>

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Worauf beruht die Entscheidung für den Aufnahmestopp im Kontext der Personalsituation innerhalb der Interkommunalen Vivias?
2. Wie sieht die Situation in den anderen WPZS der DG aus?
3. Welches sind die Schlussfolgerungen aus dem 2025 durchgeführten Organisationsaudit?

---

<sup>12</sup> <https://www.grenzecho.net/92590/artikel/2023-07-05/vivias-stellt-sich-fur-die-zukunft-neu-auf.pdf>.

<sup>13</sup> <https://vivant-ostbelgien.org/wp-content/uploads/2023/09/Antwort-SF368.pdf>.

<sup>14</sup> <https://lydiaklinkenberg.be/wp-content/uploads/sites/3/2024/11/241106-pdg-aiv-af-58-preiserhoehung-bei-vivias.pdf>.